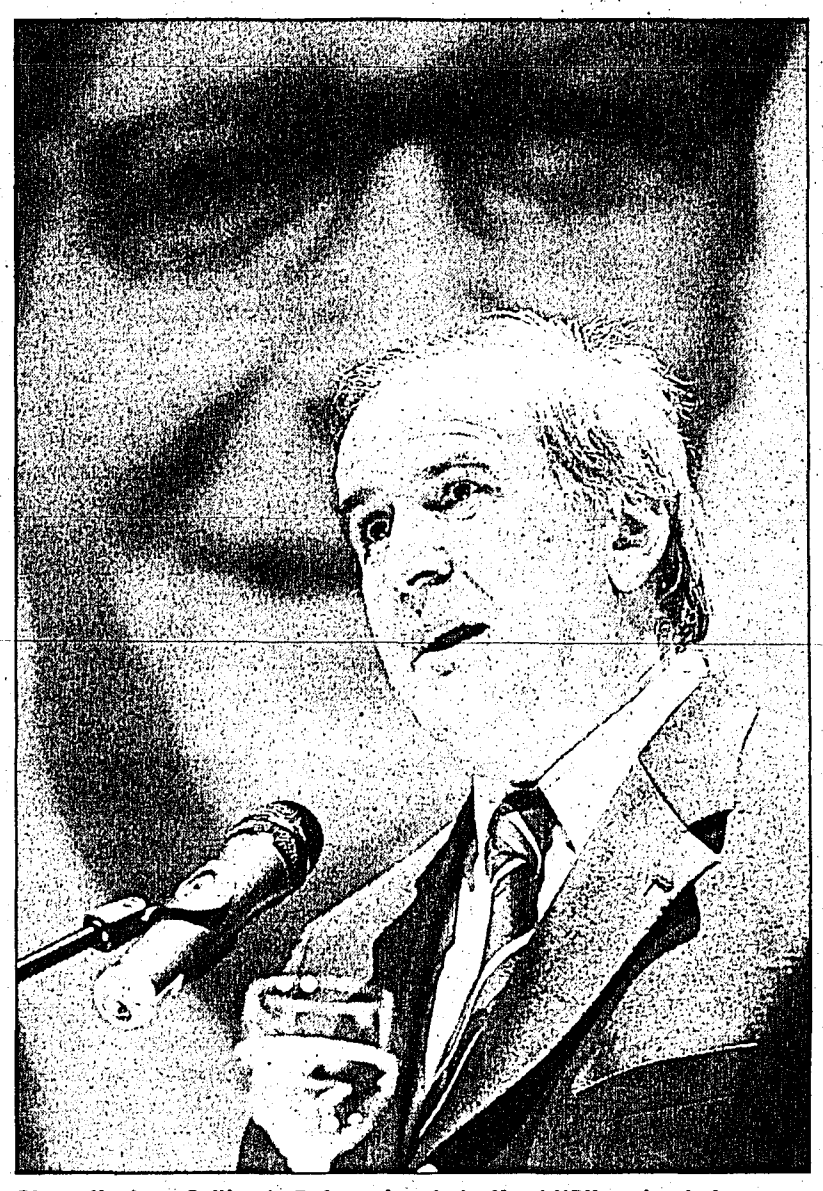
neuen Wegen abhalten»

politischen Umgang, zu den Aufgaben Liechtensteins und den Perspektiven

miensteigerungen in dieser Höhe. Unsozial ist eine Politik, die das stützt und nichts dagegen unternimmt. Das geht nicht mit uns.

Aktive Wirtschaftspolitik

Mit einer aktiven Wirtschaftspolitik nehmen wir die Herausforderungen der Zukunft an. Die Gründung eines Kompetenzzentrums für Klein- und Mittelbetriebe steht für die aktive Wirtschaftspolitik. Das Programm des KMU-Kompetenzzentrums an der Fachhochschule umfasst konkrete Leistungen und Hilfestellungen. Neuen Ideen soll zum Durchbruch verholfen werden, bestehende Unternehmen unterstützt, die Qualifikation der Unternehmer dort wo notwendig, erhöht werden. Die Erarbeitung eines Wirtschaftsleitbildes durch ein interdisziplinäres Projektteam beinhaltet auch die Erarbeitung von konkreten Umsetzungsmassnahmen. Das Leitbild wird Impulse setzen und auf einzelne Massnahmen heruntergebrochen werden können. Im Gegensatz zu früheren Jahren verfolgt diese Regierung eine aktive Wirtschaftspolitik. Die Arbeitslosenzahl ist in den letzten zwölf Monaten angestiegen, der Wirtschaftseinbruch hat auch unser Land nicht verschont.



Otmar Hasler: «Sollte ein Referendum betreffend NBU zustande kommen, haben die Stimmbürger darüber zu entscheiden, ob die rund 5 Franken Mehrbelastung im Monat, wie sie für die nächsten drei Jahre festgesetzt werden, tragbar sind.»

Gegen Jugend-Arbeitslosigkeit

Dabei beobachtet die Regierung die wachsende Zahl jüngerer Arbeitsloser mit Sorge. Deshalb hat die Regierung ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf die Beine gestellt und zeigt Initiative. Der runde Tisch, einberufen durch Regierungsrat Hansjörg Frick, will ebenfalls neue Impulse zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verringerung der Zahl der Arbeitslosen setzen. Allerdings dürfen wir uns auch nicht der Illusion hingeben, dass der Staat diese Probleme allein lösen kann. Die Wirtschaft ist ebenfalls gefordert, auch in ihrer sozialen Verantwortung.

Ein zentrales Thema der Zukunft wird die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes sein. Es ist ganz wesentlich, dass die Weichenstellung im Lichte der internationalen Einbettung des Finanzplatzes vorgenommen wird. Der Schutz der Privatsphäre als hohes Rechtsgut aber auch die Fähigkeit, kriminelle Gelder vom Finanzplatz abzuhalten oder effektiv zu verfolgen, geben die Ausrichtung in die Zukunft an.

Die Erhaltung eines wettbewerbsfähigen Finanzplatzes ist im übergeordneten Gesamtinteresse Liechtensteins. Staat und Privatwirtschaft haben eine Auslegeordnung vorgenommen, die in ihrer Breite so noch nie dagewesen ist. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, die Sicherung einer erfolgreichen Zukunft des Finanzplatzes auf der Basis fundierter Abklärungen und Daten in Angriff zu nehmen.

Der Finanzplatz hat sich in den letzten zwei Jahren trotz widerlichen Rahmenbedingungen an der Börse gut gehalten. Das betreute Kundenvermögen hat deutlich weniger abgenommen als in der Schweiz. Das ist auch mit ein Erfolg der Regierungspolitik. Dank der Initiative der Regierung und dank der Mitarbeit des Finanzplatzes wurde Liechtenstein von der schwarzen Liste der FATF gestrichen, dank dem Rechtshilfeabkommen mit den USA sind die Beziehungen zu einem unserer wichtigsten Handelspartner deutlich besser geworden und der Ruf des Finanzplatzes hat sich zum Positiven verändert, dank der internationalen Vorstösse und Verhandlungen, vor allem durch Aussenminister Ernst Walch. Der Aufbau einer unabhängigen, integrierten Finanzmarktaufsicht bringt Liechtenstein auch im Aufsichtsbereich auf einen vorbildlichen Stand.

Veränderungen rechtzeitig wahrnehmen

Eine zukunftsgerichtete Politik erhält bewährte Strukturen und nimmt Notwendigkeiten der Veränderung rechtzeitig wahr. Eine zukunftsgerichtete Politik muss auch Themen aufgreifen, die unbequem sind. Die Regierung nimmt diese Aufgabe rechtzeitig wahr und schiebt notwendige Entscheidungen nicht hinaus. Sie hat deshalb vorgeschlagen, die staatlichen Subventionen an die Nicht-Betriebsunfallversicherung zu streichen. Wir können keinen Staat finden, der es als seine Aufgabe betrachtet, im privaten Nicht-Betriebsunfallbereich die Prämien zu subventionieren. In Liechtenstein wird das bis anhin gemacht. Kann der Staat weiterhin rund 10 Mio. Franken an die Versicherten, die im In- und Ausland wohnen, bezahlen?

Das heisst auch, sollte ein Referendum zustande kommen, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger darüber zu entscheiden haben, ob die rund 5 Franken Mehrbelastung im Monat, wie sie für die nächsten drei Jahre festgesetzt werden, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tragbar sind. Wohlgemerkt, unterstützen wir mit diesem Geld jeden Arbeitnehmer, ob in Liechtenstein wohnhaft oder nicht, ob Grossverdiener oder nicht. Das soll also so bleiben, wenn es nach dem Referendumsbegehren geht.

Referendum: Fünf Franken sozial unverträglich?

Wo denn korrigieren wir den Staatshaushalt nachhaltig? Ist es wirklich Aufgabe des Staates, für die Risiken ausserhalb des Arbeitslebens aufzukommen? Ist es wirklich sozial unverträglich, dass jeder Arbeitnehmer, jede Arbeitnehmerin mit rund 5 bis 8 Franken pro Monat ihren Versicherungsanteil nun vollständig selbst tragen?

Wenn schon von Sozialverträglichkeit zu reden ist, dann im Gesundheitsbereich, wo das heutige Gesundheitsmodell enorme Prämiensteigerungen zur Folge hat.

Gesunder Staatshaushalt: Korrekturen nötig

Eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung hängt ganz wesentlich von einem gesunden Staatshaushalt ab. Strukturelle Fehlentwicklungen des Staatshaushaltes müssen korrigiert werden. Wenn wir bedenken, dass im Jahr 2000 die Ausgaben um 15 Prozent gestiegen sind, so wird die Notwendigkeit der Korrektur jedem klar. Wenn der Staatshaushalt korrigiert werden muss, so stellt sich immer die Frage, in welchen Bereich dies zu geschehen hat.

Die Regierung hat zuerst dort angefangen, wo es den Bürgerinnen und Bürgern nicht weh tut. Sie hat im Personalbereich eine Nullrunde vorgesehen, sie hat den Sachaufwand um 4 Prozent verringert. Die Wachstumsraten werden vor allem im Beitragsbereich generiert. Also dort, wo der Staat Geld an Dritte ausgibt.

- Zuerst muss die Mittelverwendung und der Bedarf an finanziellen Mitteln der öffentlichen Haushalte analysiert und neu geordnet werden.
- Der Staat muss alle Bereiche auf Effizienz und Kostenverträglichkeit überprüfen und sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren.
- Das Ausgabenwachstum muss mittelfristig auf 2 bis 3 % festgelegt werden, um Einnahmen und Ausgaben in Gleichklang zu bringen.
- Investitionen in die Zukunft müssen auch in Zeiten abnehmender Einnahmen getätigt werden. Dort wo notwendig, müssen auch neue Ausgaben beschlossen werden.
- Neue Einnahmen müssen erschlossen werden, indem der Wirtschaftsstandort gestärkt wird.
- Dort wo notwendig, müssen im Bereich der Beitragsleistungen sozialverträgliche Korrekturen vorgenommen werden. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft muss stärker eingefordet werden. Wichtig sind rechtzeitige Korrekturen – ansonsten sich der Reformbedarf als zu gross erweist.
- Zukunftsgerichtete Politik schaut voraus und stellt die Weichen, auch wenn das unbequem ist, rechtzeitig.
- Angelegtes Vermögen muss effizient verwaltet werden.

In der Bildungspolitik arbeiten wir an der verbesserten Durchlässigkeit der Sekundarstufe, stärken die sprachlichen und mathematischen Fächer, schaffen ein neues Stipendienrecht, das den klassischen Berufsbildungsweg gleichberechtigt neben das Universitätsstudium stellt, schaffen mit dem Schulversuch für eine integrierte Sportschule bessere Voraussetzungen für junge Menschen, die Spitzensport betreiben. Verschiedenste Reformen im Justizbereich, die erfolgreich abgeschlossene Korrektur im Telekommunikationsbereich, die Übernahme und Umsetzung des Agrarpaketes und damit die finanzielle Besserstellung der Bauern, die gute und erfolgreiche Führung des EWR und EFTA-Vorsitzes, sind weitere Beispiele der erfolgreichen Regierungsarbeit.

Die Zukunft wird uns alles abverlangen, wollen wir weiterhin Erfolg haben.

Wir brauchen vermehrt wieder Mutmacher in unserer Gesellschaft, Menschen die die Herausforderungen mit Entschlossenheit und auch mit der Sicherheit einer hervorragenden Ausgangslage angehen.

Wir müssen uns aber auch vermehrt Gedanken über eine kinderfreundlichere Gesellschaft machen. Nicht alle Lasten können den Familien mit Kindern allein überlassen werden. Die politische Diskussion muss geführt werden.

AHV sichern

Aber auch die langfristige Sicherung der Sozialwerke muss rechtzeitig angedacht werden, bevor Finanzierungsprobleme am Horizont auftauchen. Wir in Liechtenstein sind in einer komfortablen Lage, reichen doch die Reserven der AHV noch viele Jahre in die Zukunft. Ich freue mich auf die weitere Arbeit für die Menschen in Liechtenstein, für unser Land. Wir brauchen den Blick nach vorne. Nicht allein den Komfort von gestern müssen wir im Blickwinkel haben, vielmehr müssen wir die Chancen von morgen sehen.

Impressionen

Zufriedene Triesner: Der neue FBP-Vizepräsident Oberland, Elmar Kindle zusammen mit Vorsteher Xaver Hoch.

Die Rede des Regierungschefs überzeugte auch die Besucher aus dem «Süden»: Gute Stimmung am Balzner Tisch.

Überrascht? Nein, Regierungschef Otmar Hasler und Parteipräsident Johannes Matt freuen sich gemeinsam über die Wahlergebnisse der Präsidiumsmitglieder.

Entspannung pur: Regierungsrat Ernst Walch und Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck im Small-Talk.

ANZEIGE

Macht Ihnen Ihre Buchhaltung Kopfweh oder Bauchweh?

Für beide Fälle haben wir unsere ganz speziellen Hausmittel: Kompetenz, Flexibilität und Engagement. Und ein offenes Ohr für dies und das.

soll+haben
buchführung löhne administration
andrea kaiser • sybille oberle

soll + haben anstalt • Schaan
230 08 80 • www.sollundhaben.li

foxtext.ch